

Gemeinde Lindlar



Auskunft erteilt: Diana Froitzheim
Geschäftszeichen:
Zimmer Nr.: 400
Telefondurchwahl: (02266) 96 410
Telefax: (02266) 96 7 410
Telefonzentrale (02266) 96 0
E-Mail: diana.froitzheim@gemeinde-lindlar.de
Homepage: <http://www.lindlar.de>

Lindlar, den 18.12.2009

Niederschrift

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei erhalten Sie die Niederschrift zur Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Hermann-Josef Tebroke
Bürgermeister

Gremium	Sitzungs-Nr.
Gemeinderat	3
Sitzungsort	Sitzungstag
Ratssaal „Alte Schule“, Eichenhofstraße 6, 51789 Lindlar	16.12.2009
Sitzungsbeginn	Sitzungsende
17.30 Uhr	19.50 Uhr

Anwesend:	Entschuldigt fehlten:
<p>Vorsitzender</p> <p>Tebroke, Dr. Hermann-Josef</p>	<p>CDU-Fraktion: Walter, Ortwin</p>
<p>Mitglieder</p> <p>CDU-Fraktion: Broich, Elisabeth Brückmann, Armin Fischer, Achim Heller, Guidor Hochscherf, Brigitte Hotopp, Petra Krieger, Dr. Klemens J. Kümper, Manfred Löhr, Manfred Orbach, Harald Orbach, Wilfried Puschatzki, Eckhard Sauerbier, Ingo Schmitz, Hans Schmitz, Willi Stadler, Wolfgang Werner, Gerd Willmer, Thomas</p> <p>SPD-Fraktion: Dinsing, Karl-Heinz Dreiner-Wirz, Jürgen Freiberg, Lutz Heller, Manfred Kremer, Karl-Egon Scherer, Hans Ludwig Thiem, Heinrich</p> <p>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Becker-Schöllnhammer, Ursula Bobrowski, Tobias Heuwes, Patrick Schlichtmann, Jörg Siegfried, Christian</p> <p>FDP-Fraktion: Burczyk, Dieter Friese, Harald Klein, Dietmar Lob, Erika</p>	<p>SPD-Fraktion: Voß, Heribert</p>
<p>von der Verwaltung</p> <p>Broich, Franz Hütt, Werner Newrzella, Petric Froitzheim, Diana</p>	

behandelte
Tagesordnung
 zur 3. Sitzung des
Rates der Gemeinde Lindlar
 am 16.12.2009

TOP	Beratungsgegenstand - Öffentlicher Teil -
1.	Feststellung der form- und fristgerechten Einberufung und Beschlussfähigkeit des Gemeinderates
2.	Fragestunde für Einwohner
3.	Berichterstattung über die Durchführung der Beschlüsse des Gemeinderates vom 27.10.2009 - öffentliche Sitzung -
4.	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 27.10.2009 - öffentliche Sitzung -
5.	Berichterstattung über die Durchführung der Beschlüsse des Gemeinderates vom 10.11.2009 - öffentliche Sitzung -
6.	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 10.11.2009 - öffentliche Sitzung -
7.	Entscheidung über Einsprüche sowie die Gültigkeit der Wahl des Bürgermeisters der Gemeinde Lindlar und der Wahl zur Vertretung der Gemeinde Lindlar (Gemeinderatswahl) vom 30.08.2009
8.	Änderung der Satzung für den Städtepartnerschaftsbeirat der Gemeinde Lindlar (Partnerschaftskomitee)
9.	Unternehmenssatzung für den Technischen Betrieb Engelskirchen-Lindlar Anstalt des öffentlichen Rechts
10.	Bebauungsplan Nr. 48 - Lindlar-West -, IX. Änderung, westlich des Siegweges
11.	Planung eines Mehrgenerationenhauses mit angegliederter barrierefreier Wohnbebauung auf dem Kirchengrundstück an der Jubilate-Kirche in Lindlar, Auf dem Korb - Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 4 -
12.	Konjunkturpaket II hier: Gemeinschaftsgrundschule Kapellensüng, Schulweg 4
13.	Jahresabschluss und Lagebericht der Gemeinde Lindlar zum 31.12.2008
14.	a) Haushaltsreden der Fraktionen b) Aussprache über die Haushaltsreden
15.	Betriebsabrechnung Bestattungswesen 2008
16.	Gebührenkalkulation Bestattungswesen 2010
17.	Betriebsabrechnung Winterdienst 2008
18.	Gebührenkalkulation Winterdienst 2010
19.	Betriebsabrechnung Abfallentsorgung 2008
20.	Gebührenkalkulation Abfallentsorgung 2010
21.	Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung einschließlich V. Nachtrag zur Satzung über Abfallentsorgung in der Gemeinde Lindlar vom 04.01.2000
22.	III. Nachtrag zur Satzung des Friedhofs- und Bestattungswesens in der Gemeinde Lindlar vom 12.08.2004

23.	Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2010, Gemeindewerk Wasser und Abwasser
24.	Investitionsprogramm des Gemeindewerkes Wasser und Abwasser Lindlar für die Jahre 2010-2013
25.	I. Nachtrag zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Gemeinde Lindlar -BGS- vom 19.03.2009
26.	Veränderungsnachweis aufgrund von Fachausschussbeschlüssen bzw. aktualisierten Verwaltungsempfehlungen
27.	Stellenplan 2010
28.	Haushaltssatzung 2010
29.	Informationen der Verwaltung
30.	Verschiedenes
TOP	Beratungsgegenstand - Nichtöffentlicher Teil -
31.	Berichterstattung über die Durchführung der Beschlüsse des Gemeinderates vom 27.10.2009 - nichtöffentliche Sitzung -
32.	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 27.10.2009 - nichtöffentliche Sitzung -
33.	Berichterstattung über die Durchführung der Beschlüsse des Gemeinderates vom 10.11.2009 - nichtöffentliche Sitzung -
34.	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 10.11.2009 - nichtöffentliche Sitzung -
35.	Bestätigung der Schiedspersonen in ihrem Amt
36.	Informationen der Verwaltung
37.	Verschiedenes

Öffentlicher Teil

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung um 17.30 Uhr und begrüßt die Ratsmitglieder, Zuhörer und Vertreter der Presse.

Er verweist auf die mit Schreiben vom 11.12.2009 nachgesendeten Sitzungsvorlagen zu

TOP 11 Planung eines Mehrgenerationenhauses mit angegliederter barrierefreier Wohnbebauung auf dem Kirchengrundstück an der Jubilate-Kirche in Lindlar, Auf dem Korb
– Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 4 –

TOP 26 Veränderungsnachweis aufgrund von Fachausschussbeschlüssen bzw. aktualisierten Verwaltungsempfehlungen

und zu

TOP 28 Haushaltssatzung 2010

sowie auf zwei ausliegende Tischvorlagen zu

TOP 13 Jahresabschluss und Lagebericht der Gemeinde Lindlar zum 31.12.2008 (grün)

und

TOP 26 Veränderungsnachweis aufgrund von Fachausschussbeschlüssen bzw. aktualisierten Verwaltungsempfehlungen (gelb).

Zu TOP 1:

Feststellung der form- und fristgerechten Einberufung und Beschlussfähigkeit des Gemeinderates

Der Vorsitzende stellt die form- und fristgerechte Einberufung und Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

Zu TOP 2:

Fragestunde für Einwohner

Es werden keine Fragen gestellt.

Zu TOP 3:

Berichterstattung über die Durchführung der Beschlüsse des Gemeinderates vom 27.10.2009

- öffentliche Sitzung -

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Rückfragen oder Anmerkungen.

Zu TOP 4:**Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 27.10.2009****- öffentliche Sitzung -**

Da keine Einwendungen und Beanstandungen vorgebracht wurden, stellt der Vorsitzende die Richtigkeit der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 27.10.2009 – öffentlicher Teil – fest.

Zu TOP 5:**Berichterstattung über die Durchführung der Beschlüsse des Gemeinderates vom 10.11.2009****- öffentliche Sitzung -**

Der Bürgermeister ergänzt zu TOP 9.2 „Straßenbeleuchtung am Tage“, dass die Stellungnahme der BELKAW zwischenzeitlich eingegangen sei, und trägt den Inhalt des Schreibens kurz vor. Das Schreiben der BELKAW ist als Anlage 1 beigefügt.

Weitere Rückfragen oder Anmerkungen zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es nicht.

Zu TOP 6:**Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 10.11.2009****- öffentliche Sitzung -**

Da keine Einwendungen und Beanstandungen vorgebracht wurden, stellt der Vorsitzende die Richtigkeit der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 10.11.2009 – öffentlicher Teil – fest.

Zu TOP 7:**Entscheidung über Einsprüche sowie die Gültigkeit der Wahl des Bürgermeisters der Gemeinde Lindlar und der Wahl zur Vertretung der Gemeinde Lindlar (Gemeinderatswahl) vom 30.08.2009**

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

Herr Broich berichtet kurz über die Beratung in der der Ratssitzung vorausgegangenen Sitzung des Wahlprüfungsausschusses, welcher dem Rat den nunmehr zu fassenden Beschluss einstimmig vorgeschlagen hat.

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Lindlar stellt nach Vorprüfung durch den Wahlausschuss fest, dass keiner der unter § 40 Abs. 1 Buchstaben a) bis c) KWahlG genannten Fälle vorliegt. Die Wahl des Bürgermeisters der Gemeinde Lindlar und zur Vertretung der Gemeinde Lindlar (Gemeinderatswahl) vom 30.08.2009 wird gemäß § 40 Abs. 1 Buchstabe d) für gültig erklärt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig
-----------------------------	------------

Zu TOP 8:**Änderung der Satzung für den Städtepartnerschaftsbeirat der Gemeinde Lindlar (Partnerschaftskomitee)**

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Lindlar beschließt, die Satzung für den Städtepartnerschaftsbeirat der Gemeinde Lindlar (Partnerschaftskomitee) vom 13.04.1988 einschließlich der Änderung vom 15.12.1997 wie folgt zu ändern:

1. **§ 2 Zusammensetzung, Wahl und Wahlverfahren** erhält folgende Fassung:

- (1) Der Städtepartnerschaftsbeirat soll aus 10 stimmberechtigten Mitgliedern bestehen. Der Ausschuss für Schule, Sport und Kultur der Gemeinde Lindlar benennt im Benehmen mit dem bestehenden Komitee die Mitglieder.
Auf Vorschlag des Partnerschaftsbeirates kann durch Beschluss des Ausschusses für Schule, Sport und Kultur die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder höher oder niedriger festgesetzt werden.
Vertreter für die Beiratsmitglieder werden nicht benannt (nicht gewählt).
- (2) Beiratsmitglieder können ihr Amt jederzeit durch einfache Erklärung gegenüber dem Ausschuss für Schule, Sport und Kultur niederlegen.
Auf Vorschlag und Wunsch von mindestens 2/3 der Mitglieder des Beirates kann der Ausschuss für Schule, Sport und Kultur der Gemeinde Lindlar auch einzelne Beiratsmitglieder jederzeit abberufen, wenn diese gegen die Interessen der Städtepartnerschaftsförderung verstoßen haben.
- (3) Jeweils zu Beginn einer neuen Legislaturperiode sollte ein erneuter Beschluss des Ausschusses für Schule, Sport und Kultur über die zahlenmäßige und namentliche Besetzung des Beirates gefasst werden. Bis zur Neuwahl bleibt der bestehende Beirat im Amt.

2. **§ 3 Vorsitz und Geschäftsordnung**, Abs. 7, erhält folgende Fassung:

- (7) Die Sitzungen des Beirates sind in der Regel nicht-öffentlich. Gäste können zu den Sitzungen eingeladen werden.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig
-----------------------------	------------

Zu TOP 9:**Unternehmenssatzung für den Technischen Betrieb Engelskirchen-Lindlar Anstalt des öffentlichen Rechts**

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

Beschluss:

Die Unternehmenssatzung für den Technischen Betrieb Engelskirchen-Lindlar Anstalt des öffentlichen Rechts in der der Einladung als Anlage beigefügten Form wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	Nein-Stimmen	4
	Enthaltungen	0
	Ja-Stimmen	31

Zu TOP 10:**Bebauungsplan Nr. 48 - Lindlar-West -, IX. Änderung, westlich des Siegweges**

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

Beschluss:

Gemäß § 2 Abs. 1 und des § 10 BauGB i. d. F. der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 4 des ErbStRG vom 24.12.2008 (BGBl. I S. 3018 ff) in Verbindung mit den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994. (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes zur Stärkung der regionalen und interkommunalen Zusammenarbeit der Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen vom 03.02.2004 (GV NRW S. 96) wird der Bebauungsplan Nr. 48 – Lindlar West -, IX. Änderung, bestehend aus Planzeichnung und textlichen Festsetzungen, als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig
-----------------------------	------------

Zu TOP 11:**Planung eines Mehrgenerationenhauses mit angegliederter barrierefreier Wohnbebauung auf dem Kirchengrundstück an der Jubilate-Kirche in Lindlar, Auf dem Korb****- Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 4 –**

Der Bürgermeister verweist auf die Sitzungsvorlage sowie ausdrücklich auch noch einmal auf die Möglichkeit, in die bereitliegende Verfahrensakte Einsicht nehmen zu können.

In Bezug auf die Formulierung im 4. Absatz des 6. Beschlussvorschlages bittet RM Dreiner-Wirz um Klärung, ob eine fußläufige Verbindung vom Mehrgenerationenhaus zur Straße „Im Winkel“ überhaupt verwehrt werden könne.

Nach kurzer Abstimmung im Rat und mit Herrn Newrzella wird deutlich, dass hier eine öffentliche fußläufige Verbindung gemeint sei und eine private Zuwegung dann immer noch geschaffen werden könne.

Daraufhin beantragt RM Dreiner-Wirz, das Wort „öffentliche“ in den Beschluss aufzunehmen und den Satz wie folgt lauten zu lassen:

„Die textlichen Festsetzungen werden mit Zustimmung des Vorhabenträgers ergänzt, dass zwischen der Straße Im Winkel und dem Mehrgenerationenhaus keine direkte öffentliche fußläufige Verbindung geschaffen wird.“

Anschließend wird die Sitzung für etwa 2 Minuten unterbrochen, damit auch Herr Pfarrer Knizia hierzu kurz Stellung nehmen kann. Dieser erklärt sich mit der Abänderung des Beschlussvorschlages einverstanden.

Sodann wird über die Beschlussvorschläge einzeln abgestimmt.

1. Beschluss:

Der Anregung des LVR, Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland, wird zur Kenntnis genommen. Im Falle von archäologischen Bodenfunden wird das Rheinische Amt für Bodendenkmalpflege informiert.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig
-----------------------------	------------

2. Beschluss:

Mit Zustimmung des Vorhabenträgers werden die textlichen Festsetzungen hinsichtlich der zusätzlichen Regenwassermenge, die dem Kanal zugeführt werden darf, auf folgendes Maß festgesetzt:

„Innerhalb des Plangebietes darf gesammeltes Regenwasser dem Kanalsystem in der Straße – Auf dem Korb – von 3200 m² befestigter Fläche (Gebäude, bauliche Anlage, Weg und Plätze) zugeführt werden.“

Wenn über das zulässige Maß Regenwassermengen dem Kanalsystem zugeführt werden sollen, sind durch den Vorhabenträger auf den Grundstücken private Regenwasserrückhaltungen zu erstellen. Die Größen der Anlagen werden durch das Abwasserwerk der Gemeinde bestimmt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig
-----------------------------	------------

3. Beschluss:

Bereits in der Begründung zu dem Vorhabenbezogenen Bebauungsplan ist die Trafostation erwähnt. Der Zugang ist sicherzustellen. Private Sicherungsmaßnahmen für den Standort und die Zuwegung haben die Betroffenen abgeschlossen.

Sollte die Trafostation bzw. die Zugänglichkeit oder Leitungsrechte das geplante Bauvorhaben behindern, wird der Vorhabenträger mit dem Versorger einvernehmliche Lösungen anstreben. Die Gemeinde Lindlar ist von allen Kosten freizustellen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig
-----------------------------	------------

4. Beschluss:

Die Funktion des Mehrgenerationenhauses ist in der Begründung ausführlich dargestellt. Belästigungen der angrenzenden Wohngebiete werden nicht erwartet. Dem Vorhabenträger ist bekannt, dass die festgesetzten Lärmwerte für allgemeines Wohngebiet eingehalten werden müssen, daher wird ein zusätzliches Schallschutzgutachten nicht erforderlich.

Der Bau einer Terrasse ist erforderlich, um insbesondere im Sommer bei schönem Wetter auch die Außenanlagen sinnvoll nutzen zu können. Zudem ist die Terrasse zur Kirche ausgerichtet. Auch hier ist dem Vorhabenträger bekannt, dass die zulässigen Lärmwerte im angrenzenden allgemeinen Wohngebiet eingehalten werden müssen.

Der Außenaufzug mit Brücke ist dringend erforderlich, um allen Menschen den ungehinderten Zugang zum Mehrgenerationenhaus zu ermöglichen. Ein Fußweg mit 6 % Steigung ist nicht gleichwertig.

Der Außenaufzug steht nicht in Konkurrenz zum Glockenturm der Kirche. Hier erfolgte eine enge Abstimmung mit dem Landeskonservator.

Die Anregung einer Erweiterung der Tiefgarage zu planen ist wünschenswert, jedoch kann dieses nicht gefordert werden, da schon mit der bestehenden Planung 11 Einstellplätze mehr geschaffen werden als nach Landesbauordnung erforderlich sind. Für größere Veranstaltungen stehen zudem in den Abendstunden in zumutbarer Entfernung weitere öffentliche Parkplätze zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig
-----------------------------	------------

5. Beschluss:

Für das Gesamtprojekt werden bereits mehr Einstellplätze geplant als nach Landesbauordnung erforderlich. Bei Großveranstaltungen stehen in zumutbarer Entfernung öffentliche Parkplätze auch zukünftig zur Verfügung.

Der Architekt und der Vorhabenträger haben die Notwendigkeit aufgezeigt. Die Gestaltung wurde mit dem Landeskonservator abgestimmt. Der Aufzug wird neben dem benachbarten Glockenturm ein städtebaulicher Akzent sein, jedoch wird er sich der Jubilate-Kirche mit ihrem Glockenturm deutlich unterordnet.

Von dem Mehrgenerationenhaus, in dem auch Feiern, Versammlungen u. a. stattfinden, sind keine unvertretbaren Störungen auf das benachbarte allgemeine Wohngebiet zu erwarten. Bei diesen Veranstaltungen ist zu beobachten, dass die zulässigen Lärmwerte im angrenzenden Wohngebiet nicht überschritten werden. Insofern ist auch kein Schallschutzgutachten erforderlich.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig
-----------------------------	------------

6. Beschluss:

Vor Rechtskraft des Bebauungsplanes wird die Gemeinde mit dem Vorhabenträger einen Durchführungsvertrag abschließen. In diesem Durchführungsvertrag wird darauf geachtet, dass auch während der Bauzeit ausreichend Stellplätze sowohl für Besucher der Kirche als auch den Handwerkern zur Verfügung stehen.

In dem Vertrag wird auch geregelt, dass die Verkehrsflächen nur ausnahmsweise von Baufahrzeugen genutzt werden dürfen. Für dieses Bauprojekt sollte auf dem Grundstück ausreichend Kapazität geschaffen werden für die Lagerung von Baumaterialien sowie das Be- und Entladen der Fahrzeuge.

Vor Beginn der Baumaßnahmen ist durch einen unabhängigen Gutachter der Zustand der Straßen zu dokumentieren. Die Kosten übernimmt der Vorhabenträger. Auch dieses wird im Durchführungsvertrag festgesetzt.

Die textlichen Festsetzungen werden mit Zustimmung des Vorhabenträgers ergänzt, dass zwischen der Straße Im Winkel und dem Mehrgenerationenhaus keine direkte öffentliche fußläufige Verbindung geschaffen wird.

Die im Bebauungsplan festgesetzten max. Dachhöhen sind einzuhalten.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig
-----------------------------	------------

7. Beschluss:

Dem Durchführungsvertrag wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig
-----------------------------	------------

8. Beschluss:

Gemäß § 2 Abs. 1 und des § 10 BauGB i. d. F. der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 4 des ErbStRG vom 24.12.2008 (BGBl. I S. 3018 ff) in Verbindung mit den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994. (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes zur Stärkung der regionalen und interkommunalen Zusammenarbeit der Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen vom 03.02.2004 (GV NRW S. 96) wird der Vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 4 – Auf dem Korb -, bestehend aus Planzeichnung und textlichen Festsetzungen, als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig
-----------------------------	------------

Zu TOP 12:

Konjunkturpaket II

hier: Gemeinschaftsgrundschule Kapellensüng, Schulweg 4

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

RM Hans Schmitz bedauert, dass die in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses angefragten Informationen über die Höhe der Kosten, die bei einer Nutzbarmachung des Dachgeschosses der GGS Kapellensüng entstehen würden, noch nicht vorliegen. RM Dreiner-Wirz erklärt, dass mit einem sehr großen Kostenunterschied zwischen einer Dämmung des Bodens und einer Dämmung des Daches allein auf die Fläche bezogen zu rechnen sei. Er schlägt vor, den Beschluss heute so zu fassen, ggf. könne man die Summe nachsatteln.

Der Bürgermeister sagt zu, die Informationen zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses nachzureichen, um ggf. den Beschluss korrigieren zu können.

Beschluss:

Für die energetische Sanierung, die Verbesserung des Brandschutzes und der Rettungswegesituation der Grundschule Kapellensüng werden außerplanmäßig 257.000,- € aus dem Konjunkturpaket II bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig
-----------------------------	------------

Zu TOP 13:**Jahresabschluss und Lagebericht der Gemeinde Lindlar zum 31.12.2008**

Der Bürgermeister weist auf den Sachverhalt in der Sitzungsvorlage und auf den den Ratsmitgliedern vorliegenden Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2008 und des Lageberichts für das Haushaltsjahr 2008 hin. Sodann erläutert der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses RM Thiem das durchgeführte Verfahren und gibt den Hinweis, dass der Rechnungsprüfungsausschuss durch einstimmigen Beschluss dem Jahresabschluss und dem Lagebericht den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt hat. Er bittet, dem Bürgermeister Entlastung zu erteilen (siehe auch Anlage 2).

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss zum 31.12.2008 und der Lagebericht für das Haushaltsjahr 2008 der Gemeinde Lindlar werden festgestellt.
2. Dem Bürgermeister wird Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig
-----------------------------	------------

Der Bürgermeister hat bei dieser Entscheidung nicht mitgestimmt.

Zu TOP 14:**a) Haushaltsreden der Fraktionen****b) Aussprache über die Haushaltsreden**

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

Die Fraktionsvorsitzenden Hans Schmitz für die CDU-Fraktion, Jürgen Dreiner-Wirz für die SPD-Fraktion, Patrick Heuwes für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Erika Lob für die FDP-Fraktion halten ihre jeweiligen Haushaltsreden. Die Reden sind im Wortlaut dieser Niederschrift als Anlagen 3, 4, 5 und 6 beigefügt.

Im Anschluss an eine 10-minütige Pause zwischen 18.45 Uhr und 18.55 Uhr erklären die Fraktionsvorsitzenden und der Bürgermeister, dass auf eine Aussprache verzichtet wird.

Zu TOP 15:**Betriebsabrechnung Bestattungswesen 2008**

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

Beschluss:

1. Die der Einladung als Anlage beigefügte Betriebsabrechnung Bestattungswesen 2008 wird beschlossen.
2. Der Überschuss aus der Abrechnung nach KAG in Höhe von € 67.487,17 ist nach Verrechnung mit dem Verlust 2007 in Höhe von € 26.659,48, gleich € 40.827,69, in den Sonderposten für Gebührenaussgleich Friedhof einzustellen.
3. Der Verlust nach NKF in Höhe von € 121.545,60 ist aus dem Allgemeinen Haushalt zu tragen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig
-----------------------------	------------

**Zu TOP 16:
Gebührenkalkulation Bestattungswesen 2010**

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

Beschluss:

Die der Einladung als Anlage beigefügte Gebührenkalkulation 2010 des Bestattungswesens wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	Nein-Stimmen	5
	Enthaltungen	0
	Ja-Stimmen	30

**Zu TOP 17:
Betriebsabrechnung Winterdienst 2008**

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt die der Einladung als Anlage beigefügte Betriebsabrechnung Winterdienst 2008.
2. Der betriebswirtschaftliche Gewinn aus 2008 in Höhe von 46.194,08 € wird dem Sonderposten für Gebührenaussgleich Winterdienst zugeführt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig
-----------------------------	------------

**Zu TOP 18:
Gebührenkalkulation Winterdienst 2010**

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die der Einladung als Anlage beigefügte Gebührenkalkulation für 2010.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig
-----------------------------	------------

**Zu TOP 19:
Betriebsabrechnung Abfallentsorgung 2008**

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die der Einladung als Anlage beigefügte Betriebsabrechnung Abfallentsorgung 2008.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig
-----------------------------	------------

**Zu TOP 20:
Gebührenkalkulation Abfallentsorgung 2010**

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die der Einladung als Anlage beigefügte Gebüh-
renkalkulation 2010.

Abstimmungsergebnis:	Nein-Stimmen	5
	Enthaltungen	0
	Ja-Stimmen	30

Zu TOP 21:

**Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung einschließlich V. Nachtrag zur
Satzung über Abfallentsorgung in der Gemeinde Lindlar vom 04.01.2000**

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt den der Einladung als Anlage beigefügten V.
Nachtrag zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Gemeinde Lindlar vom
04.01.2000.
2. Die Verfahrensweise wird auf 1 Jahr befristet.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig
-----------------------------	------------

Zu TOP 22:

**III. Nachtrag zur Satzung des Friedhofs- und Bestattungswesens in der Gemeinde
Lindlar vom 12.08.2004**

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt den III. Nachtrag zur Satzung des Friedhofs- und
Bestattungswesen in der Gemeinde Lindlar vom 12.08.2004 in der von der
Verwaltung vorgelegten Fassung.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig
-----------------------------	------------

Zu TOP 23:

**Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2010, Gemeindewerk Wasser und Abwas-
ser**

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

RM Klein beantragt, über die beiden Punkte getrennt abzustimmen.

1. Beschluss:

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2010, Betriebszweig Wasser, wird
beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig
-----------------------------	------------

2. Beschluss:

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2010, Betriebszweig Abwasser, wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	Nein-Stimmen	4
	Enthaltungen	0
	Ja-Stimmen	31

Zu TOP 24:**Investitionsprogramm des Gemeindewerkes Wasser und Abwasser Lindlar für die Jahre 2010-2013**

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

RM Siegfried beantragt, über die beiden Punkte getrennt abzustimmen.

1. Beschluss:

Das Investitionsprogramm für die Jahre 2010 - 2013, Bereich Wasser, wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	Nein-Stimmen	0
	Enthaltungen	5
	Ja-Stimmen	30

2. Beschluss:

Das Investitionsprogramm für die Jahre 2010 - 2013, Bereich Abwasser, wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	Nein-Stimmen	4
	Enthaltungen	5
	Ja-Stimmen	26

Zu TOP 25:**I. Nachtrag zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Gemeinde Lindlar -BGS- vom 19.03.2009**

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

Herr Hütt erläutert kurz eine redaktionelle Änderung in der Satzung, wonach es in § 3 hinter den Beträgen m² (und nicht m³) heißen muss.

Beschluss:

Der I. Nachtrag zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Gemeinde Lindlar vom 19.03.2009 in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	Nein-Stimmen	4
	Enthaltungen	0
	Ja-Stimmen	31

Zu TOP 26:**Veränderungsnachweis aufgrund von Fachausschussbeschlüssen bzw. aktualisierten Verwaltungsempfehlungen**

Auf die Sitzungsvorlage sowie auf die gelbe Tischvorlage (Veränderungen bei den Investitionstätigkeiten) wird verwiesen. Sie wird von Herrn Hütt erläutert. Daraus ergeben sich Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit in Höhe von 2.311.884 Euro und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit in Höhe von 3.073.000 Euro. Die Haushaltssatzung wird entsprechend geändert.

Fragen von RM Klein zum Kostenanteil der Gemeinde Lindlar zu der Straße „Zum alten Sportplatz“ werden vom Kämmerer in der Sitzung beantwortet.

RM Heuwes erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Haushaltsplan nicht zustimmen werde und deshalb auch den Veränderungen nicht zustimmen kann.

Die Beschlussfassung erfolgt unter TOP 28 – Haushaltssatzung 2010.

Zu TOP 27:**Stellenplan 2010**

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Stellenplan für das Haushaltsjahr 2010 in der von der Verwaltung vorgelegten Form zu.

Abstimmungsergebnis:	Nein-Stimmen	0
	Enthaltungen	4
	Ja-Stimmen	31

Zu TOP 28:**Haushaltssatzung 2010**

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

Beschluss:

1. Der Ergebnisplan für das Haushaltsjahr 2010 wird in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung einschließlich des Veränderungsnachweises beschlossen.
2. Der Gesamtbetrag aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit für das Haushaltsjahr 2010 wird in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung einschließlich des Veränderungsnachweises beschlossen.
3. Die Haushaltssatzung nebst Anlagen der Gemeinde Lindlar für das Haushaltsjahr 2010 wird in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung einschließlich des Veränderungsnachweises beschlossen.
4. Dem Haushaltssicherungskonzept 2010 – 2013 wird in der von der Verwaltung vorgeschlagenen Form zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:	Nein-Stimmen	16
	Enthaltungen	0
	Ja-Stimmen	19

Zu TOP 29:**Informationen der Verwaltung**

Herr Hütt verweist auf eine den Ratsmitgliedern vorliegende Anfrage eines Studenten zur Beteiligung an einer Umfrage zum doppelten Haushalt, die an die Gemeinde Lindlar als eine der ersten Kommunen, die das NKF eingeführt haben, gerichtet ist. Er lädt alle Ratsmitglieder ein, an dieser freiwilligen und anonymen Umfrage teilzunehmen.

Zu TOP 30:**Verschiedenes**

30.1 RM Kremer weist auf die unzureichende Pflege der Friedhöfe in Linde und Kapellensüng hin, seit der ehemalige Friedhofsgärtner in Rente gegangen ist. Der nunmehr zuständige Friedhofsgärtner käme nur noch einmal im Monat, um die Körbe zu leeren. Der Bürgermeister sagt eine Klärung der Angelegenheit zu.

30.2 RM Schlichtmann bittet um Beantwortung seiner Anfrage zu dem Gewerbeunternehmen Heli-Factory, welches sich in diesem Jahr in Altenrath-Böhl niedergelassen hat. Der Bürgermeister berichtet kurz von dem Umfang des angemeldeten Gewerbes.

30.3 RM Kümper nimmt Bezug auf seine Anfrage von Anfang des Jahres bezüglich der Höhe der Schäden, die durch Vandalismus an Schulen und öffentlichen Gebäuden in 2008 entstanden sind. Die Antwort stehe noch aus, und er bittet, diese nun auch in Bezug auf 2009 nachzuholen.

Darüber hinaus weist er auf die weiterhin mangelnde ärztliche Versorgung in Lindlar hin – auch unter Bezug auf die Schließung der allgemeinmedizinischen Praxis Pluntke zum Ende des Jahres, welche keine Nachfolger gefunden haben. Auch die augenärztliche Versorgung in Lindlar habe sich nicht verbessert. Darüber hinaus hätten insbesondere kassenärztliche Patienten lange Wartezeiten bei Fachärzten. Zu dem ersten Punkt erklärt Herr Hütt, dass für 2009 extra eine Kostenstelle zu den Bewirtschaftungskosten der Gebäude eingerichtet wurde und am Jahresende dazu eine genauere Auskunft gegeben werden könne.

Zu dem zweiten Punkt erklärt der Bürgermeister, bereits mit dem Obmann der niedergelassenen Ärzte sowie der Kassenärztlichen Vereinigung in Verbindung zu stehen. Er werde in der nächsten Gemeinderatssitzung berichten.

30.4 RM Dreiner-Wirz bittet die Verwaltung, eine Pressemitteilung zu veranlassen, in dem gerade älteren Menschen das verstärkt genutzte System der OVAG, das „Sammeltaxi“, nach der Umstellung auf den neuen Fahrplan näher gebracht wird. RM Harald Orbach ergänzt, dass mit dem Fahrplanwechsel in Remshagen Probleme aufgetreten seien.

Beide Ratsmitglieder bitten um Prüfung, ob nicht auch in Remshagen der Bürgerbus eingesetzt werden könne.

19.25 Uhr - Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil und verabschiedet die Vertreter der Presse.

Ende des öffentlichen Teils

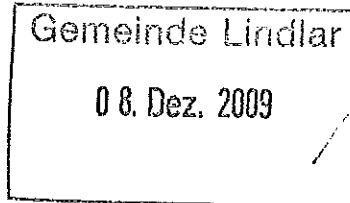


BELKAW

Partner der
RheinEnergie

Gemeinde Lindlar
Herr Urspruch
Borromäusstr. 1

51789 Lindlar



TAS
Herr Neffgen
Tel.: (02 21) 178 - 4612
Fax: (02 21) 178 - 8 4612
g.neffgen@rheinenergie.com

04. Dezember 2009

Stellungnahme

hier: Ihr Schreiben „Öffentliche Straßenbeleuchtung“ vom 30.11.2009

Sehr geehrter Herr Urspruch,

in Bezug auf Ihr Schreiben vom 30.11.2009 nehmen wir wie folgt Stellung:

Zur Behebung von Störungen ist es durchaus zweckmäßig die Beleuchtung tagsüber einzuschalten, um eine schadhafte Leuchte zu lokalisieren.

Leider ist dies erforderlich, wenn der Meldende den genauen Standort der Leuchte nicht beschreiben kann. Dies kommt leider recht häufig vor.

Bei der Annahme der Störmeldung ist auf die Angabe des Ortes, der Straße, der Leuchtennummer oder der Hausnummer zu achten. Bei erkennbaren Schwierigkeiten zur Lokalisierung der Leuchte sollte der Name des Meldenden und dessen Telefonnummer für eventuelle Rückfragen notiert werden.

Bitte leiten Sie die aufgenommenen Daten an unsere Störnummer 0221 / 178 – 4312 weiter.

Die Reparatur der defekten Leuchte erfolgt spätestens nach 5 Arbeitstagen.

Im Ortsteil Lindlar-Linde lag eine größere Störung an einer Schaltanlage vor. Diese konnte leider aus technischen Gründen nicht sofort behoben werden. Daher war dort die Beleuchtung zeitweise am Tage in Betrieb.

Wir hoffen mit unseren Ausführungen geholfen zu haben und stehen für eventuelle Rückfragen selbstverständlich zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Gerhard Mecker

Gerald Neffgen

Tagesordnungspunkt 13

Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2009 und des Lageberichts für das Haushaltsjahr 2008 der Gemeinde Lindlar

Meine Damen und Herren, ich komme gerne der Bitte von Herrn Dr. Tebroke nach und erläutere Ihnen kurz den Ablauf und die wesentlichen Empfehlungen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat in seiner Sitzungen am 2. Dezember zunächst die Prüfungsgebiete festgelegt und die Prüfungsteam zusammengestellt.

Am 10. Dezember 2009 hat der Ausschuss den aufgestellten Jahresabschluss und den Lagebericht geprüft. Das Ergebnis der Prüfung ist in dem Ihnen vorliegenden Prüfungsbericht enthalten.

Art und Umfang der Prüfung sowie ergänzende Hinweise bzw. Empfehlungen des Rechnungsprüfungsausschusses befinden sich in der Niederschrift.

Durch einstimmigen Beschluss des Ausschusses wurde

1. ein **uneingeschränkter Bestätigungsvermerk** erteilt und
2. **dem Gemeinderat empfohlen den Jahresabschluss mit Lagebericht 2008 der Gemeinde Lindlar festzustellen und dem Bürgermeister Entlastung zu erteilen.**

Ich habe gestern Herrn Dr. Tebroke im Beisein des Gemeindegämers Herrn Hütt den unterschriebenen Prüfungsbericht mit Anlagen überreicht. Herr Dr. Tebroke hat den Bericht zustimmend zur Kenntnis genommen. Der Rat hat auch die Unterlagen als Tischvorlage erhalten.

Ich bitte Sie den Empfehlungen des Rechnungsprüfungsausschusses, wie in der Sitzungsunterlage formuliert, zuzustimmen.

Herrn Hütt und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern möchte ich für die geleistete Arbeit und den hohen Einsatz Dank und Anerkennung aussprechen.

Danke für ihre Aufmerksamkeit.

Stellungnahme zum Haushalt 2009

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Tebroke, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung, liebe Ratskolleginnen, liebe Ratskollegen,

„Die mittelfristige Finanzplanung der Gemeinde bestätigt die dezente Hoffnung des vergangenen Jahres. Ein Ausgleich des Haushalts in den nächsten Jahren scheint möglich“. So habe ich 2008 meine Haushaltsrede begonnen. Die von uns nicht beeinflussbaren Rahmenbedingungen haben sich nun innerhalb kurzer Zeit so grundlegend geändert, dass der Haushaltsausgleich vorläufig ein unerfüllbarer Wunsch bleibt. Einmal mehr wird aber auch deutlich, die Kommunen sind nicht in der Lage, die Erfüllung ihrer gesetzlichen Pflichten stabil zu finanzieren. Nur der relativ bescheidene Bereich der sogenannten freiwilligen Ausgaben kann direkt vom Gemeinderat beeinflusst werden. Selbst wenn wir hier die Ausgaben ganz einstellen, ist der Haushalt jetzt und in den nächsten Jahren dadurch nicht auszugleichen. Der Schaden, besonders bei vielen ehrenamtlich aktiven Organisationen würde sehr groß sein.

Für die Anträge der FDP, investive Maßnahmen (z.B. Ergänzung der Sonnenrollos in der GGS Lindlar Ost für 1000 Euro, Straßendeckenerneuerung für 250.000 Euro oder der Ausbau von Straßen – Schulweg und Bonnersüng) zu verschieben, haben wir kein Verständnis. Wenn wir die Infrastruktur verkommen lassen, wird die Wiederherstellung noch teurer. Darüber hinaus wird nur eine attraktive Infrastruktur Gewerbe- und Einkommenssteuerzahler sich in Lindlar wohlfühlen lassen. Die brauchen wir ganz sicher, um unseren Anteil zur Finanzierung des Haushalts zu bewerkstelligen.

Für überwiegend abgeschlossene Erschließungsmaßnahmen wollen wir Abschlagszahlungen. Für die Bürger, die oft schon mit der Forderung der Gemeinde rechnen, ist das keine zusätzliche Belastung. Die Gemeinde kann auf Kassenkredite teilweise verzichten.

Ein marktgerechtes Angebot an Gewerbeflächen und Wohnbauland ist weiter unser Ziel. Die Erweiterung des Gewerbegebietes nimmt konkrete Form an. Die schnelle Vermarktung der Baugrundstücke in Scheel und Hartegasse bestätigt unsere Politik. Wir wollen auch zukünftig Bauland für den Bedarf in den Dörfern anbieten. Dazu gehört auch die sensible Entwicklung eines Baugebiets in Schmitzhöhe. Hier soll mit einem Investor (ggf. BGW) in kleinen Schritten eine Bebauung erfolgen. Wir stellen

uns hier ein „Vorzeigeprojekt“ z.B. Niedrigenergiehäuser oder Passivhäuser vor. Wir sind überzeugt, dass es Nachfrage gibt, die wir an anderen Stellen in Lindlar nicht befriedigen können.

Bauen in Lindlar soll besonders auch für Familien möglich sein. Wir hatten deshalb die Vergabe von Erbaurechten an Interessierte beschlossen. Davon wurde in einigen Fällen auch Gebrauch gemacht. Ab 2010 wollen wir für Familien, die in Lindlar bauen (ggf. auch ein Haus kaufen), die Kindergartenbeiträge übernehmen. Es ist uns

Die Schulen hatten und haben bei uns in Lindlar einen hohen Stellenwert. Baulich sind die Schulen in einem guten Zustand. Die wohnortnahen Grundschulen sind uns ein Herzensanliegen. Wir werden die weitere Entwicklung mit hoher Aufmerksamkeit verfolgen.

Im Sportbereich tut sich Dank Investitionsprogramm einiges. Wir freuen uns mit den Sportlern in Frielingsdorf und Hohkeppel über die Kunstrasenplätze. Wir werden die Sportler in Süng und Linde nicht aus den Augen verlieren. Überall findet sich auch im Sportbereich großes ehrenamtliches Engagement, nicht zuletzt auch durch die in letzter Zeit gegründeten Fördervereine. Wir werden weiter unter Abwägung aller Interessen das Machbare machen.

Auch der Bereich Jugend und Soziales steht bei uns deutlich im Fokus. Das zeigt sich u.a. an der Jugendförderung in Vereinen und in der offenen Jugendarbeit. Dort wird ein wesentlicher Teil unserer sogenannten freiwilligen Ausgaben getätigt. Die Entwicklung der Kreisjugendamtsumlage macht uns besorgt. Wir wollen die Jugendamtsaufgaben vor Ort erledigt haben. Wir erhoffen uns damit eine effektivere Jugendarbeit, aber auch den effektiveren Mitteleinsatz. Das ist ein weiteres Thema für die kommunale Zusammenarbeit. Die gesetzlichen Bestimmungen lassen das zurzeit noch nicht zu. Das sollte sich ändern.

Wirtschaftsförderung ist unverzichtbar. Die Erweiterung des Industrieparks Klause ist läuft. Den Einzelhandel werden wir nach Kräften unterstützen.

Die Entwicklung des Tourismus besonders durch die BGW gewinnt an Bedeutung. Die freiwerdende Stelle bei LindlarTouristik muss neu besetzt werden. Eine weitere (Teilzeit-) Stelle soll durch die BGW finanziert werden. Auf Messen soll Lindlar über das touristische Angebot hinaus präsentiert werden.

Wir möchten unseren Gästen die Gemeinde zeigen. Per DVD oder Stick sollen z.B. die Besucher des Freilichtmuseums erfahren, dass es auch noch hinter dem Freilichtmuseum jede Menge interessantes zum Leben und zu erleben gibt.

Der Haushaltsansatz für die Sanierung und Reparatur der gemeindlichen Strassen wurde erhöht. Dem stimmen wir ausdrücklich zu. Auch die Umgehungsstraße Frielingsdorf soll, ggf. modifiziert, zügig angegangen werden.

Die Bedeutung der interkommunalen Zusammenarbeit besonders mit Engelskirchen haben wir immer wieder hervorgehoben. Wir werden weiter nach geeigneten Themen und Aufgaben suchen, die sich gemeinsam besser angehen lassen. Wichtigster Partner ist für uns ist die Gemeinde Engelskirchen. Auch andere Partner ggf gemeinsam mit Engelskirchen sind willkommen. Wir müssen im Hinblick auf die finanzielle Situation alle Möglichkeiten ausloten.

Den ersten großen Schritt haben wir mit dem Technischen Betrieb Engelskirchen-Lindlar AöR getan. Zum 01.01.2010 startet der Betrieb.

Mit großem Interesse verfolgen wir die Entwicklung zum Neubau des Pfarrer Braun Hauses und der damit verbundenen Pläne zum seniorengerechten Wohnen. Bezahlbare Wohnungen für Senioren sind und werden zunehmend Mangelware. Für dieses Problem brauchen wir noch Lösungen. Auch die Entwicklung im Krankenhaus lässt vorsichtige Hoffnung aufkommen.

Was uns sonst noch wichtig ist, hier in kurzen Schlagworten:

- Deutlicher Ausbau des Berichtswesens. NKF macht's möglich.
- Die Führung eines Ökokontos in der Gemeinde für die Ausgleichsmaßnahmen wegen Eingriffe in die Natur
- Ausbau des ÖPNV innerhalb der Gemeinde; Die Verwaltung ist beauftragt, die Einrichtung einer Mitfahrzentrale zu prüfen.
- DSL-Ausbau

Die CDU-Fraktion hat mehrere Tage den Entwurf des Haushalts beraten. Unsere Fragen wurden von der Verwaltung beantwortet. Bürgermeister und Kämmerer waren uns wertvolle Berater. Etliche Fragen konnte sie sofort beantworten. Der Dank der CDU-Fraktion und auch mein persönlicher Dank gelten nicht nur deshalb dem Bürgermeister Dr. Hermann-Josef Tebroke und dem Kämmerer Werner Hütt. Den Damen und Herren der gesamten Verwaltung und allen Einrichtungen der Gemeinde sei gleichfalls gedankt. Viele von Ihnen haben auch im Laufe des Jahres unsere Fraktionsberatungen bereichert. Auch den Damen und Herren der anderen Fraktionen sowie den Mitgliedern der CDU-Fraktion danke ich für die sachliche und kollegiale Auseinandersetzung.

Uns allen wünsche ich ein friedvolles und gesegnetes Weihnachtsfest 2009. Für 2010 wünsche ich uns allen kreatives Streiten um die beste Lösung.

Für die CDU-Fraktion



Hans Schmitz, Fraktionsvorsitzender

SPD

Anlage 4
Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Fraktion im Rat der Gemeinde Lindlar

Lindlar, den 16.12.2009

Haushaltsrede

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren aus dem Publikum, der Presse und der Verwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates,

wir haben eine kurze aber intensive Haushaltsberatung hinter uns und ich darf mich im Namen der SPD-Fraktion für die gute Arbeit der Verwaltung v.a. der Kämmerei bedanken. Hier ist gute Arbeit geleistet worden, Fragen wurden beantwortet, Unklarheiten geregelt und offensichtliche Fehler behoben. Die seitens der Verwaltung vorgelegten Pläne werden für uns Entscheidungsträger immer nachvollziehbarer, wenn es auch an einigen Stellen (z.B. Personalverteilung und -kosten oder Unterhaltungskosten von Gebäuden und Sportstätten) noch Ergänzungsbedarf gibt.

Die SPD-Fraktion stellt fest, dass seitens der Verwaltung alle wesentlichen Einsparpotentiale berücksichtigt wurden, Anregungen aufgenommen oder Vergleiche zu Vorjahren möglich und meist nachvollziehbar sind (auch wenn es hier sicherlich noch Verbesserungsmöglichkeiten gibt.). Also noch einmal: Dank an die Verwaltung für die geleistete Arbeit!

Die Beratungen im Hauptausschuss haben uns teilweise erstaunt, weil seitens anderer Fraktionen Anträge oder Forderungen gestellt wurden, die absolut nicht realisierbar oder ohne Deckungsvorschläge gestellt wurden – und dies bei der bekannten Kassensituation. Dennoch auch hier: Dank für die Zusammenarbeit im Hauptausschuss. Soviel zum Haushaltsentwurf der Gemeinde, der handwerklich wieder einmal sehr gut ausgeführt ist.

Wie steht es mit der **Basis** unserer Gemeindefinanzen? Wie sieht es mit dem zur Verfügung stehenden Kapital zur Bewältigung der gemeindlichen Pflichtaufgaben aus? Wie kommt das für 2010 prognostizierte **Minus** von mittlerweile 6,5 Mio. € zustande? Wer trägt die Verantwortung? Hier hilft auch das beste handwerkliche Können nicht, keine Rechen- und keine Buchungstricks; die Gemeinde Lindlar kann der Schuldenfalle nicht entgehen.

Wir haben in den vergangenen Jahren unsere Hausarbeiten gemacht; haben in die Substanz (v.a. die Gebäude) investiert, um die Sachwerte zu erhalten, bzw. neue zu schaffen. Es nützt nichts; die Substanz, das Eigenkapital, die Rücklagen werden in einer Geschwindigkeit verbraucht, dass man/frau die drohende Insolvenz förmlich auf uns zu fliegen sehen kann. Dies ist aber auch das wenige, was zu sehen ist; denn das noch im vergangenen Jahr sichtbare Licht am Ende des Schuldentunnels ist verschwunden. Es gibt in absehbarer Zeit keine Aussicht auf Haushalts- und Schuldenausgleich. Dies ist eine Katastrophe. Dies gefährdet die Kommune in ihrer Eigenständigkeit. Hier läuft etwas aus dem Ruder.

Das Grundgesetz Artikel 28 (2) regelt die „eigene(r) Verantwortung“ der Kommunen und sagt u.a. „Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfasst auch die Grundlagen der finanziellen Verantwortung“, das heißt, dass die übergeordneten Institutionen unseres Staates dafür zu sorgen haben, dass die Kommunen ausreichend dafür finanziell ausgestattet werden, was sie an hoheitlichen Aufgaben übernehmen müssen.

Und hier liegt der Grund unseres finanziellen Übels: Es werden immer mehr Aufgaben von oben nach unten verlagert (und zwar verpflichtend), die finanzielle Ausstattung zur Wahrnehmung dieser Aufgaben aber nur teilweise gewährt. Ob es nun um die Betreuung von Kindern unter 3 Jahren geht, um das Wohngeld von Hartz IV-Empfängern, das Asylbewerberleistungsgesetz, die s.g. Grundsicherung usw.. Immer reicht das Geld, das die Kommunen von Land und Bund bekommen für die tatsächlich entstehenden Kosten nicht aus und muß, weil gesetzlich vorgeschrieben, von den Gemeinden selbst aufgebracht werden (teilweise über die Kreisumlage). Wo bleibt hier die Konnexität?

Zusätzlich werden den Gemeinden noch Ausgaben auferlegt bzw. Einnahmen vorenthalten; ob es nun die Krankenhauspauschale, der Soli, der Solianteil an den Gewerbesteuern oder ähnliches ist. Wer dann noch das s.g. „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ in seinen zu erwartenden Auswirkungen auf uns zukommen sieht, der muss feststellen, dass die Einnahmeprognosen der Verwaltung für 2010 und Folgejahre äußerst optimistisch sind.

Auch die Umlageverbände wie Kreis und LVR tragen das Ihre zur Verschuldung der Gemeinden bei, wenn die Ausgaben von anderen (also den Kommunen) zu tragen sind, bei denen kann kein wirklich ernsthafter Sparwille entwickelt werden.

Wenn dann noch seitens der Landesregierung die wirtschaftlichen Tätigkeiten der Kommunen erheblich eingeschränkt werden (Gemeindewerke, Sparkassen usw.), dann wird missachtet, dass viele defizitäre Aufgaben der Kommunen (Bäder, ÖPNV etc.) hier quer subventioniert werden können. Wer das Postulat „Privat vor Staat“ fordert und den Gemeinden sogar nahe legt, ihre Infrastruktur zu verkaufen (d.h. Schulen, Friedhöfe, Abwasser- und Wasserleitungen u.a.), der sägt nicht nur an der Daseinsvor- und fürsorge, sondern der untergräbt die Basis der Demokratie - und das sind nun einmal die Gemeinden und Städte.

Einem Haushalt, dem von Kreis, Land und Bund die Basis entzogen ist, kann die SPD-Fraktion nicht zustimmen.

Die SPD-Fraktion ruft CDU und FDP, die von unten bis ganz oben z.Zt. die politische Verantwortung tragen auf, sich höherenorts für Abhilfe einzusetzen. Die Gemeinden dürfen nicht mit nur teilfinanzierten Aufgaben überhäuft werden. Eine grundsätzliche **Gemeindefinanzstrukturreform** ist notwendig. Nur so können die Kommunen ihrer grundgesetzlich festgelegten Aufgabe gerecht werden. Es ist hohe Zeit.

Der Lindlarer CDU-Fraktion sagen wir: „Wer nur 50,2% der Wähler(innen)stimmen bekommen hat, aber 100% der Macht und Repräsentanz beansprucht, der muss auch 100% der Verantwortung übernehmen. Nehmen sie diese Verantwortung wahr; werden sie in Gummersbach, Köln, Düsseldorf und Berlin aktiv.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit

Jürgen Dreiner-Wirz
Fraktionsvorsitzender

Anlage 5

B'90/Die GRÜNEN Ratsfraktion Lindlar
c/o Fraktionssprecher P. Heuwes, Alsbacher Str. 41a, 51789 Lindlar

Ratsfraktion Lindlar
c/o Patrick Heuwes
Borromäusstraße 1
51789 Lindlar
www.gruene-lindlar.de

Fraktionssprecher:
Patrick Heuwes
Tel:
0160 - 3519834
E-Mail:
patrick.heuwes@gruene-lindlar.de

Lindlar, 16.12.2009

Haushaltsrede 2010

Sehr geehrter Mitbürgerinnen und Mitbürger,
sehr geehrter Herr Dr. Tebroke,
sehr geehrte Ratsmitglieder,

einmal im Jahr halten wir hier die Haushaltsreden. Wohl gemerkt wir halten die Haushaltsreden. Das ist nicht selbstverständlich. In vielen Gemeinden wie z.B. in Engelskirchen steht zu diesem Punkt in der Tagesordnung „Die Haushaltsreden der Fraktionen werden verteilt“: Verteilt, d.h. niemand redet, die Fraktionen schreiben ihre Haushaltsreden und wer will, kann ja lesen.

Ein -wie ich finde- sehr wenig würdiges Verfahren, das dem hohen Wert der kommunalen Selbstverwaltung nicht gerecht wird.

Aber langsam kann ich diesem Verfahren immer mehr abgewinnen, denn in diesem Jahr wird auch hier in Lindlar so deutlich wie nie zuvor, dass auch unsere Möglichkeiten als Rat, diesen Haushalt aktiv mit zu bestimmen und zu gestalten, dem hohen Wert der kommunalen Selbstverwaltung absolut nicht gerecht werden, da es keine Spielräume mehr gibt.

Waren die Gestaltungsmöglichkeiten eigentlich schon immer sehr begrenzt und wurden sie auch tendenziell immer kleiner, so waren sie aber doch vorhanden. Das ist nun auf absehbare Zeit vorbei.

Bisher gab es immer ein Licht am Ende des Tunnels, eine Hoffnung, eine Perspektive, dass es besser wird. Dass dieses Licht von Jahr zu Jahr nicht wirklich näher kam, haben wir zwar zur Kenntnis genommen, aber es war ja zumindest da und die Hoffnung stirbt ja bekanntlich zuletzt.

Jetzt entpuppt sich aber dieses Licht am Ende des Tunnels nicht als Hoffnungsschimmer, sondern als entgegenkommender Zug aus Schulden und Defiziten, der

uns zu überrollen droht, da in absehbarer Zeit keine grundlegende Besserung in Sicht ist.

Tragisch für uns hier in Lindlar ist dabei, dass diese Trendwende komplett außerhalb unseres Einflussbereichs stattfindet und wir außer ggf. noch mehr zu sparen nichts machen können. Es brechen schlicht die Steuereinnahmen weg! Das ist einerseits die Schuld der Weltwirtschaftskrise, andererseits Schuld der Bundes- und Landespolitik der letzten Jahrzehnte, die den Kommunen immer mehr Aufgaben und Belastungen aufdrückt, ohne sie dafür finanziell ausreichend auszustatten. Dazu hat jede Regierung gleich welcher Farbkombination beigetragen und die aktuelle schwarz-gelbe Regierung im Bund macht mit Ihrem „Entlastungsgesetz“ munter weiter, denn was die Bürger entlastet, belastet die öffentlichen Kassen und nicht unwesentlich auch die Lindlars. Darüber und über andere Belastungen von außen und deren Schuldige zu schimpfen, erspare ich mir an dieser Stelle, denn das hat ja Herr Dreiner-Wirtz in seiner unnachahmlichen Art schon ausführlich getan.

„Nichtdestowenigertrotz“, man erlaube mir dieses Zitat, sind eine ganze Reihe von Kosten und Belastungen „hausgemacht“, d.h. Konsequenz einer falschen Politik in Lindlar der letzten Jahre bzw. Jahrzehnte.

Hätte Lindlar nicht – gegen unsere Stimmen - übermäßig Baugebiete ausgewiesen und so unsere schöne Landschaft und Natur zerstört, müsste Lindlar heute bedeutend weniger für Zinsen und Unterhalt für Infrastruktur ausgeben. Und der Wahnsinn geht weiter! Dachten wir, der Fakt, dass jetzt in Lindlar Baugebiete sogar schon Pleite machen, würde auch den Letzten davon überzeugen, dass wir in Lindlar vieles brauchen, aber bestimmt keine weiteren, teuren, leeren Baugebiete, müssen wir feststellen, dass die CDU am Baugebiet Schmitzhöhe festhält und dieses sogar forciert.

Trotz Wirtschaftskrise hält die Ratsmehrheit an der teuren und überdimensionierten Erweiterung des Industriegebiets Klausse fest. Abseits davon, dass jede Menge wertvolle Natur zerstört wird und Anwohner viel Lebensqualität verlieren werden, ist die Erweiterung auch ein finanzielles Abenteuer, denn die Gemeinde (als BGW) geht mit über 9 Mio. € in Vorleistung. Von den geplanten 18 Hektar, das sind 180.000 m², existiert noch nicht über einen einzigen Quadratmeter ein schriftlicher Vorvertrag, geschweige denn, dass schon Fläche verkauft worden wären. Und das alte Gebiet ist ja doch nicht „voll“. Ansonsten wäre es Zauberei, wenn in ein „volles“ Gewerbegebiet plötzlich locker ein Bauhof für Lindlar und Engelskirchen passt. Dass auch die Verwaltung inzwischen den Erfolg der IP-Erweiterung nicht erwartet, zeigt sich daran, dass auch für 2013, wo sich dann nach Plan ja schon eine ganze Reihe von Firmen angesiedelt haben sollten, keine höheren Gewerbesteuererinnahmen erwartet werden. Das heißt im Klartext, auch die Möglichkeit, durch noch mehr Gewerbeflächen neue Einnahmen zu generieren, scheint nicht mehr realistisch.

Diese und andere falsche Weichenstellungen für Lindlar haben dafür gesorgt, dass die Lindlarer Politik für die jetzige Situation wenn auch nicht allein- aber doch mitverantwortlich ist und Viele daraus immer noch nicht die richtigen Lehren gezogen haben.

So können wir uns schlicht nichts mehr leisten, was wir nicht unbedingt, d.h. vom Gesetzgeber her, müssen.

Deshalb haben wir dieses Jahr aufgrund der desaströsen, perspektivlosen Finanzlage der Gemeinde verzichtet, die vielen, eigentlich absolut notwendige Maßnahmen zu fordern. Sie alle aufzuzählen, ist so frustrierend wie einen Wunschzettel zu schreiben, obwohl man weiß, dass Weihnachten ausfällt. Deshalb seien hier nur stellvertretend der Ausbau speziell der aufsuchenden Jugendarbeit in Lindlar und Fahrradwege zu den Schulen genannt.

Um das eigentlich Notwendige zu finanzieren, müssten wir immens sparen, was nicht möglich ist, und könnten uns dann trotzdem noch nicht mal eine dieser Maßnahmen leisten. Die hochtrabenden Spar-Vorschläge der FDP helfen da übrigens auch nicht. Es macht überhaupt keinen Sinn und ist gefährlich, nicht mehr in Substanzerhalt oder gebotenen Brandschutz an Schulen zu investieren und sich „kaputt zu sparen“. Oder notwendige Maßnahmen von einem Jahr, wo man kein Geld hat, in ein anderes Jahr, wo man kein Geld hat, zu verschieben, bringt uns auch nicht weiter. Eine pauschale Kürzung von 25% bei allen Ausgaben zu fordern, ist darüberhinaus ein Affront gegen alle Mitarbeiter der Verwaltung, weil das hieße schlicht weg, es würden mind. 25% der Ausgaben „unnötig“ getätigt. Und das ist ein ungeheuerlicher Vorwurf, von dem wir uns in aller Form distanzieren.

Fazit:

Die Hoffnung stirbt zuletzt, aber bald ist es soweit.

Wir alle können nichts für die Wirtschaftskrise, aber viele hier Anwesende für eine verfehlte Expansionspolitik der Vergangenheit und Gegenwart, die unsere Finanzen belasten.

Deshalb kann die Fraktion Bündnis90/Die GRÜNEN auch dem Haushalt 2010 nicht zustimmen.

Ich danke der Team um Herrn Hütt für den „Kraftakt“ Haushalt 2010 und die gute Zusammenarbeit in 2009 und Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Frohe Weihnachten und eine „Guten Rutsch“!


Patrick Heuwes
Fraktionssprecher



FDP-Fraktion im Rat der Gemeinde Lindlar

Zum Haushaltsplanentwurf der Gemeinde Lindlar 2010

Sehr verehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
verehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,

wir haben schon 2009 darauf hingewiesen, dass wir der Vollmundigkeit des Bürgermeisters [„in 2011 wird der Haushalt ausgeglichen sein“] und dem Versprechen „mit dem Abbau der Schulden wird begonnen“ nicht glauben (Haushaltsrede FDP 2009 Seite 3, Absatz 3).

Die Fehleinschätzungen zum Haushalt 2009 und die Wahlversprechen gibt Bürgermeister Dr. Tebroke im vorliegenden Haushaltsplan 2010 schriftlich zu. **„Für das Haushaltsjahr 2010 ist ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen. Das Haushaltssicherungskonzept kann von der Kommunalaufsicht nicht genehmigt werden, da bis 2013 kein ausgeglichenes Ergebnis ausgewiesen werden kann.“**

Die Anzeichen der Weltwirtschaftskrise waren 2008 schon viel zu deutlich. Aber das hinderte den Bürgermeister und die CDU damals nicht, mit ihrer absoluten Mehrheit den Haushalt 2009 zu verabschieden. Einen besseren Beweis für Fehleinschätzungen als den verabschiedeten Haushalt 2009 mit seinen Fehlprognosen für die Folgejahre kann es nicht geben.

Der Bürgermeister mahnt an „Sämtliche Positionen des Haushalts sind auf den Prüfstand zu bringen, um weiteres Einsparpotential und Möglichkeiten der Verbesserung der Ertragsseite zu erkennen. In diesem Zusammenhang wird es um eine fortgesetzte Analyse der Entscheidungsprozesse und Strukturen in der Gemeindeverwaltung sowie eine grundlegende Aufgabenkritik gehen müssen.“

U. E. wird das aber nicht wirklich getan.

Auch in diesem Jahr hören wir vom Bürgermeister das Lamentieren über den bösen Kreis, den Landschaftsverband, das Land, den Bund und all die anderen Bösen, die Lindlar einfach kein Geld gönnen bzw. es wieder weg nehmen.

Jedes Jahr kommt das unverhofft und plötzlich und nicht vorhersehbar über Lindlar.

Und Lindlar kann nichts dagegen tun, wir Armen!
Was schlägt unser Bürgermeister vor?

Nichts!!!!!!!!!!!!!!

Unserer Meinung nach müsste daraus der Rückschluss gezogen werden, dass etwas schief läuft! Dementsprechend müsste dann die Handlungsweise angepasst werden!

Was passiert in Lindlar????????

Wieder nichts!!!!!!!!!!!!!!

Fakt ist

- ↓ die Gemeinde erwirtschaftet ein Millionendefizit nach dem anderen.
- ↓ Die Gemeinde hat früher zu viel Geld ausgegeben und kann heute die Folgekosten aus ihren früheren Entscheidungen nicht mehr bezahlen, ohne riesige Schuldenberge anzuhäufen.
- ↓ Die Gemeinde hat sich nicht auf schlechtere Zeiten vorbereitet, weil man „Anspruch“ auf die getätigten Investitionen zu haben glaubt.
- ↓ Die Gemeinde denkt immer noch kamental. Der Bürgermeister hat zwar das NKF eingeführt, aber er denkt nicht unternehmerisch.
- ↓ Die Gemeinde meint den Bürgern vorschreiben zu müssen, was richtig oder falsch ist. Anstatt die Bürger ihr Leben möglichst weitestgehend selbst bestimmen zu lassen, will sie gestalten. Die Gemeinde verhebt sich dadurch immer mehr, weil sie nicht bei ihren Pflichtaufgaben bleibt. Sie legt gesetzliche Vorgaben anders aus, als es der Gesetzestext vorschreibt (siehe Landeswassergesetz und die Vorschrift in § 61a „Dichtigkeitsprüfung privater Hausanschlüsse“).
- ↓ Die Gemeinde entwirft lieber Leitbilder und spielt sich als Besserwisser auf. Hierzu gibt es u. E. weder eine Rechtsgrundlage, noch eine Rechtfertigung, Geld für Leitbild-Gutachten auszugeben.
- ↓ Die Gemeinde ist den sachlichen Argumenten gegenüber nicht aufgeschlossen. Sie scheint sich nur noch den eigenen Denkweisen gegenüber verpflichtet zu fühlen. Andersdenkende können anscheinend grundsätzlich nicht Recht haben.

Das ist unseres Erachtens kein problemorientiertes Krisen-Management, wie man es von einem Bürgermeister und seiner Verwaltung in Zeiten der Überschuldung erwarten kann!

Leider haben wir Recht behalten, als wir 2009 den Ausgleich des Haushalts ab 2011 bezweifelten.

Es müsste doch jetzt für 2010 etwas passieren, wenn das Eigenkapital dahin schmilzt!

Die Verwaltung und die Mehrheitsfraktion der CDU träumen anscheinend weiter von „blühenden Landschaften“.

Es wird z. B. ein Bauhofgebäude neu gekauft und vor der grundbuchrechtlichen Übertragung umgebaut. Der alte Bauhof ist auf absehbare Zeit nicht verkäuflich. Die Zinsen für das in die alte Substanz gebundene Kapital fressen den spärlich prognostizierten „Synergie-Effekt“ auf! Trotzdem wird das durchgezogen.

Der Bauhof, demnächst TeBEL, bekommt einen eigenen Chef. Damit ist der Synergie-Effekt zum zweiten Mal verfrühstückt, weil die Personalkosten steigen, statt sie durch das Zusammengehen langfristig zu verringern.

Das bereits erwähnte Vorgehen in Sachen Dichtigkeitsprüfung privater Hausanschlüsse ist u. E. für unsere Bürger und Bürgerinnen als Gebührenzahler nicht hinnehmbar. Es ist auch gesetzlich nicht gefordert. Das Landeswassergesetz verpflichtet die Kommunen lediglich dazu, die Bürger und Bürgerinnen über deren Verpflichtung zur Durchführung einer Dichtigkeitsprüfung zu unterrichten und erforderlichenfalls sie dabei zu beraten. Wie umfangreich diese Beratungstätigkeit sein soll, sagt der Gesetzgeber nicht. Keinesfalls wollte der Landesgesetzgeber damit aber eine umfangreiche Bauleitung durch die Verwaltung begründen. Im Gegenteil! Er verlangt gerade von den ausführenden Handwerksbetrieben eine besondere Sachkunde. Dies insbesondere, um die Behörden von Aufgaben zu entlasten. Warum sollten die betroffenen Bürger + Bürgerinnen ständig bei der Verwaltung anrufen, wenn Unklarheiten bestehen? Es ist nahe liegender, den sachkundigen Handwerker selbst zu befragen! Jedenfalls braucht die Verwaltung dafür kein Konzept für 25.000,-€-. Dieses Geld wird auch nicht gebraucht, um eventuelle Sanierungsfristen zu verlängern. Dazu genügt schon der Erlass einer Satzung. Dieses Vorgehen beweist jeder Lindlarerin und jedem Lindlarer nachvollziehbar, wie leichtfertig in Lindlar Geld ausgegeben wird.

Der Schildbürgerstreiche in Lindlar könnten wir stundenlang weitere anfügen. Die Verwaltung scheint vollkommen das Augenmaß zu verlieren. Der Bürger zahlt ja.

Die FDP schlägt deshalb vor,

- dass eine Haushaltssperre verfügt wird;
(die Personalkosten sollen hiervon ausdrücklich ausgenommen werden);
- die Haushaltssituation durch die Sperre zu verbessern;
- da sich die Verwaltung selbst nicht in der Lage sieht [siehe Antwort auf Frage der FDP im HFA, Seite 43/44], die „... deutliche Erhöhung der

Verwaltungsaufwendungen ..." zu bearbeiten, sollte der Haupt- und Finanzausschuss bis auf weiteres darüber in einem kleineren Arbeitskreis entscheiden. Das kostet der Gemeinde nichts zusätzlich.

Was uns bevorsteht, wenn Lindlar sich weiter so verhält, wie es vom Bürgermeister vorgeschlagen wird, steht in der Ausgabe der BLZ vom 09.12.2009. In dem Artikel geht es um Marienheide. Dort muss in Zukunft jede Investition ab 60 Euro genehmigt werden. Ein struktureller Ausgleich aus eigener Kraft wird nicht mehr möglich sein. Der RP in Köln bestimmt ausschließlich, was in Marienheide noch geschehen kann.

Ist das wirklich die Schuld anderer?

NEIN, wir haben in Lindlar jahrzehntelang über unsere Verhältnisse gelebt. Das an den Tag gelegte Anspruchsdenken kommt uns unverantwortlich vor, denn es ist klar, dass man irgendwann wieder auf den Boden der Tatsachen zurück kommen muss.

Sagen Sie den Bürgern die Wahrheit. Um in Zukunft wieder handlungsfähig zu werden, muss die Verwaltung der Gemeinde auf Ihre ursprünglichen Aufgaben konzentriert werden. Aufgaben, für die die Verwaltung nicht zuständig bzw. nicht optimal ausgestattet ist, sollten dem freien Markt wieder zurück überantwortet werden.

Die Handlungsfähigkeit der Verwaltung kann hierdurch wesentlich verbessert und die Kostensituation der Gemeinde nachhaltig entschärft werden.

Hier noch ein Wort in eigener Sache: Ja, die FDP-Fraktion hat in der Vergangenheit verschiedenste Vorschläge der Verwaltung mitgetragen. Dies auch in der Hoffnung, dass sich das ausgabenorientierte Verhalten verstärkt an den wirtschaftlichen Möglichkeiten der Gemeinde ausrichtet und die Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen partnerschaftlicher verläuft. In beiden Fällen sieht sich die FDP-Fraktion getäuscht.

Wir wissen:
die Haushaltsplanung in Kommunen ist zur Zeit Russisches Roulette.

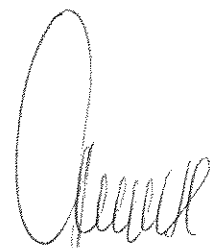
Wir wissen aber auch:
In Lindlar ist die Haushaltsplanung Russisches Roulette mit vollem Magazin.

Wir lehnen den vorgelegten Haushalt 2010 ab.

Wir danken Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.



Erika L o b



Harald Frie se